

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/222

Bonn, den 19. November 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Deutsche Außenpolitik ... 70

Was ist das ?

Von \* \* \*

1a Polens Kommunisten und Katholiken einig 25

"Oder-Weisse-Grenze ist undiskutabel"

2 - 3 Über 100 Schulkindergärten in Hamburg 36

Hamburgs Vorbild sollte Schule machen

3 Asylrecht 35

Großzügigkeit wäre hier angebracht

4 - 5 De Gaulles kategorischer Imperativ 93

Überblick und Bilanz der französisch-sowjetischen Beziehungen

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

+ + +

## Deutsche Aussenpolitik

Was ist Gas?

Von \* \* \*

Es ist weniger die "Affäre Kayn" und die durch sie wieder einmal zutage getretenen internen Auseinandersetzungen der Regierungsparteien über die Richtung der deutschen Aussenpolitik, die das offizielle Bonn beunruhigen, als die Feststellung, dass es zur Zeit überhaupt keine deutsche Aussenpolitik gibt. Die Regierungserklärung Erhards hat am allerwenigsten zur Klärung dieser Frage beigetragen. Das offizielle Bonn weiss weder, ob der Bundeskanzler eine Vorstellung von den nächsten Schritten in der deutschen Aussenpolitik hat, noch könnte irgend jemand sagen, welchen Weg der Aussenminister zu gehen gedenkt.

Über diesem Dilemma hängt ausserdem noch das Damoklesschwert der Furcht vor der Isolierung der Bundesrepublik. Es hat sich inzwischen sogar in Bonner Regierungskreisen herumgesprochen, dass die ursprünglichen amerikanischen Projekte zur Entwicklung einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO von den zuständigen Stellen in den USA heute keineswegs mehr mit der gleichen Intensität verfolgt werden wie noch vor einem Jahre. Es gibt sogar sehr ernstzunehmende Diplomaten und hohe Beamte des Auswärtigen Amtes, die zu wissen meinen, das Gespräch zwischen Washington und Bonn über die MLF werde überhaupt nur geführt, um de Gaulle vor einem Alleingang der Bundesrepublik mit den Vereinigten Staaten Furcht einzuflöszen.

Umgekehrt wird in Paris gelegentlich angedeutet, eine demonstrativ zur Schau gestellte deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung und eine finanzielle deutsche Beteiligung an den nuklearen Entwicklungsvorhaben Frankreichs - natürlich ohne die Mitbestimmung der Deutschen im Ernstfall! - könnte die Amerikaner zu einer flexibleren Haltung gegenüber de Gaulle veranlassen...

Hinzu kommt die deutsche Furcht davor, dass einerseits zwischen Moskau und Washington und andererseits zwischen Paris und Moskau teils stillschweigende, teils lautstarke Übereinstimmung darüber herrscht, die Deutschen von der Mitwirkung an der nuklearen Strategie fernzuhalten.

Mit anderen Worten: Das offizielle Bonn weiss sehr wohl, dass die Bundesrepublik in zunehmendem Maße bezüglich aller Verteidigungsfragen, soweit sie mit den Überlegungen zu einer gemeinsamen nuklearen Verteidigung im Zusammenhang stehen, isoliert wird.

Die Berichte der deutschen Botschafter in Rom, Brüssel, Den Haag und Luxemburg bestätigen, dass man auch dort jedweder Einbeziehung der Bundesrepublik in ein nukleares Verteidigungssystem mehr als skeptisch gegenübersteht. In den skandinavischen Hauptstädten wird schon seit langem die mögliche Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atomstreitmacht entweder offen abgelehnt oder mit zahlreichen Vorbehalten diskutiert.

Von den Ostblockstaaten braucht man in diesem Zusammenhang gar nicht zu reden. Der Versuch der Bundesregierung, auf der Grundlage des im Juni 1964 vom Bundestag einstimmig gebilligten Jaksch-Berichtes zu einer flexibleren Ostpolitik überzugehen, ist zunächst im Ansatz steckengeblieben. Zum Teil mag dies an der Haltung der meisten

Ostblockstaaten liegen, zum Teil ist die Versandung der deutschen Ostpolitik ohne Zweifel aber auch auf die Richtungskämpfe innerhalb der Regierungsparteien zurückzuführen, in deren Folge der Aussenminister gehindert wurde, neue Perspektiven zu entwickeln.

In Paris hat man dies alles Herrn Schröder gesagt. In London wird der deutsche Aussenminister Ähnliches zu hören bekommen, und ob anlässlich der im Dezember in Paris stattfindenden, schon traditionell gewordenen NATO-Ministerkonferenz ein anderes Bild entworfen werden kann, ist sehr zweifelhaft.

Im Bonner Auswärtigen Amt weiss man natürlich, wie es zu dieser Situation gekommen ist. Als entscheidende Fehler der deutschen Aussenpolitik wird hier auf zwei Umstände hingewiesen: Es rächt sich jetzt - so wird gesagt -, dass Bundeskanzler Erhard seit zwei Jahren jeweils nach der Rückkehr von einer Auslandsreise der deutschen Öffentlichkeit einzureden versuchte, die Bundesregierung sei sich mit ihren Bündnispartnern "in allen wesentlichen Punkten einig". Diese Behauptungen Erhards wurden stets durch Tatsachen widerlegt, was zur Folge hatte, dass die deutsche Aussenpolitik jetzt vor einem gigantischen Berg von Missverständnissen, Meinungsverschiedenheiten und teilweise sogar Misstrauensäusserungen steht. Dies alles zusammen wiederum verurteilte das Auswärtige Amt zur Untätigkeit und dadurch zur Blockade der Weiterentwicklung einer Politik, die bereits vor mehr als vier Jahren vom Bundestag einstimmig gutgeheissen worden war.

Polens Kommunisten und Katholiken einig

"Oder-Weisse-Grenze ist undiskutabel"

sp - Es ist sicher kein Zufall, dass gerade jetzt prominente polnische Politiker in der Bundesrepublik private Gespräche und öffentliche Diskussionen darüber führen, ob man in Warschau a.U. bereit wäre, die Oder-Weisse-Grenze in Frage zu stellen. So hat jetzt der bekannte polnische katholische Abgeordnete Stanislaw Stomma bei einem Forum-Gespräch mit dem CDU-Abgeordneten Majonica und dem SPD-Abgeordneten Wollen erklärt, solange Deutschland Ansprüche auf die "polnischen Westgebiete" erhebe, sei eine Verständigung mit Polen nicht möglich. Grössten Wert legte Stomma auf die Feststellung, dass es in dieser Frage zwischen den polnischen Kommunisten und den polnischen Katholiken keine Meinungsverschiedenheit gebe. Stommas gute Beziehungen zum polnischen Episkopat, aber auch zu den Bischöfen anderer europäischer Länder, sind bekannt. - In den nächsten Tagen wird in der Bundesrepublik ein anderer prominenter Pole erwartet, der ebenfalls die Absicht hat, mit deutschen Politikern, Publizisten und Wissenschaftlern über das deutsch-polnische Verhältnis zu diskutieren: Dr. Mieczyslaw Tomala. Auch Dr. Tomala ist in der Bundesrepublik kein Unbekannter. Er ist eine der führenden Persönlichkeiten des polnischen Instituts für internationale Fragen in Warschau und taucht immer dann auf, wenn sich die polnische Regierung darüber informieren will, ob Veränderungen in der deutschen Haltung gegenüber der schwierigeren Frage des Oder-Weisse-Problems zu erwarten sind. Es ist anzunehmen, dass auch Professor Tomala mit Nachdruck darauf verweisen wird, wie gross die Übereinstimmung zwischen den polnischen Katholiken und den polnischen Kommunisten in ihrer Haltung gegenüber der Oder-Weisse-Grenze ist.

## Über 100 Schulkindergärten in Hamburg

### Hamburgs Vorbild sollte Schule machen

sp. - Jede dritte bis vierte Volksschule in Hamburg hat heute bereits einen Schulkindergarten. Die insgesamt 102 Schulkindergärten, davon zehn an Sonderschulen, werden von 1.985 Kindern besucht. Im Jahre 1956 waren es erst 991 Kinder. Auch in den kommenden Jahren werden neue Schulkindergärten eingerichtet werden.

Hamburgs Schulkindergärten wurden geschaffen für zwar schulpflichtige, aber noch nicht schulreife Kinder, die innerhalb eines Jahres zur Schulreife heranwachsen sollen. Der Besuch des Schulkindergartens ist freiwillig, wie aus dem § 5 des Hamburger Schulgesetzes hervorgeht: "Schulpflichtige Kinder, die körperlich und geistig noch nicht hinreichend entwickelt sind, um mit Erfolg an Unterricht teilzunehmen, können jeweils auf ein Jahr zurückgestellt werden. Sie sollen mit Zustimmung der Eltern einem Schulkindergarten überwiesen werden."

Einige der neuen Schulkindergärten verfügen bereits über einen eigenen, auf ihre Bedürfnisse besonders zugeschnittenen Bau, der möglichst einen großen Arbeitsraum, einen Gymnastikraum, eine Garderobe, eine kleine Küche und sanitäre Anlagen umfassen soll. Koch sind die meisten Schulkindergärten allerdings in Klassenräumen untergebracht, aber mit Möbeln ausgestattet, wie sie das Raumprogramm speziell für Schulkindergärten vorsieht.

Bis zu 25 Kinder werden in einem Schulkindergarten aufgenommen. Ist der Schulkindergarten einer Sonderschule angeschlossen, so soll die Zahl nicht größer als sechzehn sein. Über die Aufnahme eines Kindes entscheidet der Schulleiter zusammen mit der Jugendleiterin, nachdem die Eltern und auch der Schularzt gehört wurden. Mit der Leitung eines Schulkindergartens, der eine Einrichtung der Volksschule ist, sind staatlich geprüfte Jugendleiterinnen betraut. Einen Mangel an geeigneten Kräften auf diesem Gebiet hat Hamburg nicht.

Aufgabe des Schulkindergartens ist es, den Kindern eine umfassende Entwicklungshilfe zu geben und sie schulreif zu machen. Das heißt nicht, daß die Kinder im Schulkindergarten etwa schon Rechnen, Schreiben und Lesen lernen. Im Gegenteil, oft muß die Jugendleiterin hier behutsam bremsen. Später in der Schule soll sich das Kind in eine größere Gemeinschaft Gleichaltriger eingliedern können und bereit sein, Aufgaben zu übernehmen und seine Lernbereitschaft in der Gemeinschaft zu zeigen. In dem einen Jahr des Schulkindergartenbesuchs werden körperlich zarte, rasch ermüdbare oder nervöse Kinder, unkonzentrierte, kontaktarme und auch umweltgeschädigte Kinder zunächst an diese Aufgaben herangeführt.

Zu den Arbeitsformen des Schulkindergartens, die bis ins einzelne geplant und doch in sich wandelbar sein müssen, gehören Kör-

perpflege, häusliche Betätigungen, freies Spielen und Basteln, das gemeinsame Spiel und Arbeitsstunden. In ihnen werden die einzelnen Sinne, vor allem auch die Sprache, geübt. Rhythmik, Musik und Gymnastik runden das Programm ab. Die Arbeit beginnt morgens um 8.30 Uhr und ist um 13 Uhr, sonnabends um 11 Uhr beendet. Täglich ist eine Stunde als Förderstunde für einzelne Kinder vorgesehen.

Den ersten Schulkindergarten hat es in Hamburg bereits 1920 (in Berlin schon 1906) gegeben. Bis zum Zweiten Weltkrieg wurden weitere acht eingerichtet, sechs davon konnten nach dem Krieg weiterarbeiten. Von 1945 an wuchs die Zahl schnell. 1953 waren es 29, 1962 bereits 79 Schulkindergarten und heute sind es bereits über 100! Eine erfreuliche Entwicklung. Das Hamburger Beispiel ist gut; es sollte Schule machen - und zwar nicht nur in Großstädten.

### Asylrecht

#### Großzügigkeit wäre hier angebracht

sp - Einige Fälle von rigoroser Abschiebung mehrerer Flüchtlinge aus dem kommunistischen Ungarn durch die deutsche Ausländerpolizei haben internationale Aufmerksamkeit erregt und der Bundesrepublik nicht gerade Ruhm eingebracht. Sogar die Flüchtlingskommission der UNO in Genf hatte sich damit zu befassen, nicht zur Freude der deutschen Vertreter. Die letzte Ausweisung von fünf Ungarn, die in der Bundesrepublik Asyl beanspruchten, erfolgte in Zirndorf (Bayern), einem Ausländerlager. Die Flüchtlinge kamen mit ordentlichen Pässen an, beherrschten jedoch die deutsche Sprache unvollständig, und das wurde ihnen zum Verhängnis. Sie durften nicht einmal die Verbindung mit den in diesem Lager tätigen Hilfsorganisationen aufnehmen. Ihnen wurde ein Dokument zur Unterschrift vorgelegt, dessen Inhalt sie nicht erfassen konnten. Es besagte, daß sie in ihrer Heimat keine Verfolgung oder Bestrafung zu erwarten haben und auch in Zukunft keine Schwierigkeiten und Nachteile befürchten müssen. Es gibt jedoch in dem 1961 erlassenen Strafgesetz der Ungarischen Volksrepublik das Delikt der "Verweigerung der Heimkehr", § 205 lautet:

- \* "Wer das Land auf erlaubte Weise verlassen hat und trotz behördlichen Auftrags nicht in die Heimat zurückkehrt oder seinen Entschluß, endgültig im Ausland zu bleiben, anderswie zum Ausdruck bringt,
- \* wird mit Freiheitsstrafen von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. Als Nebenstrafe ist auch Vermögensentziehung statthaft."

Aufgrund dieses Paragraphen sind schon viele unter Zwang zurückgekehrte oder zurückgeschickte Ungarn zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt worden. Das hätten die Verantwortlichen im Ausländerlager Zirndorf wissen müssen. Sie handelten ungesetzlich, ließen es an Verständnis fehlen, sie handelten im Widerspruch zu dem Appell des Europarats, das Asylrecht im freiheitlichen Sinne anzuwenden. Der Entschluß, die Heimat zu verlassen, fällt niemandem leicht, da müssen schon schwerwiegende Gründe vorliegen. Natürlich gibt es auch kriminelle Elemente. Sie von den übrigen auszusondern, dürfte nicht allzu schwerfallen. Die Rechtschaffenen aber sollten nicht leiden. Das Asylrecht sollte uns allen heilig sein. Ihm verdanken viele tausende Deutsche das Leben. Großzügigkeit im Namen der Menschlichkeit dürfte uns hier gut anstehen.

De Gaulles kategorischer Imperativ

Überblick und Bilanz der französisch-sowjetischen Beziehungen

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Entspricht de Gaulles "Flirt" mit Moskau einer Laune oder einer Linie? Diese Frage stellt man sich immer wieder in Bonn, nicht in Paris. Folgende Worte des Generals geben Antwort auf die "Preisfrage":

Leitmotiv

"Der Bündnis- und Beistandspakt, den Frankreich soeben mit der Sowjetunion abgeschlossen hat, entspricht einer Tendenz, die in beiden Ländern durch die Prüfungen ihrer Europa-Politik n a t ü r l i c h und t r a d i t i o n e l l geworden ist. Er besiegelt die E i n i g - k e i t zwischen den beiden Großmächten des Kontinents... den Willen zu enger Zusammenarbeit in allen Schritten, die zum kommenden europäischen Statut führen... Furchtbare Erfahrungen haben Russland und Frankreich gelehrt, was sie zu gewinnen haben, wenn sie einig sind und was sie verlieren, wenn sie sich trennen. 1870 sind sie getrennt unterlegen, aber schon 1875 hat die diplomatische Aktion Russlands Deutschland gehindert, wieder über uns herzufallen. Der 1892 abgeschlossene Pakt konnte 22 Jahre lang zugleich die westlichen Ambitionen und den pangermanischen "Drang nach Osten" in Schach halten. Im Ersten Weltkrieg hat die russische Offensive in Preussen entscheidend zu unserem Marsiesieg beigetragen... Das Misstrauen zwischen Paris und Moskau in der Zwischenkriegszeit und die Uneinigkeit im entscheidenden Augenblick waren die Grundlage für den Einmarsch der Wehrmacht in Rheinland, für den Anschluss Österreichs, die Unterjochung der Tschechoslowakei, die Niederwerfung Polens und alle Aktionen Hitlers, die zur Invasion Frankreichs und ein Jahr später zum Einfall in Russland führten... Einig sind Frankreich und Russland stark, getrennt sind sie in Gefahr. Es ist dies wahrlich ein kategorischer Imperativ der Geographie, der Erfahrung und des Menschenverstandes... Diese Erkenntnis hat die Moskauer Verhandlungen sozusagen beherrscht. Die beiden Regierungen haben daraus die Notwendigkeit einer besonderen Verbindung zwischen Russland und Frankreich geschlossen. Verrunft diktiert heute anscheinend Paktabschlüsse. Mag sein, jedoch hinzu kommen gewissermaßen Sympathiegefühle, die aus den Tiefen der Geschichte rühren und übrigens oft dem Volksinstinkt und den traditionellen Interessen der Nationen entsprechen... Unbedingt notwendig sind feste Bindungen mit den Staaten des Kontinents, die Opfer deutscher Machtstrebens waren, sind und wieder werden könnten, wie Polen, Tschechoslowakei, Belgien, Holland, Luxemburg..."

De Gaulle hielt diese Rede am 22. Dezember 1944 vor der französischen Nationalversammlung im befreiten Paris, unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Moskau, wo er mit Stalin den neuen französisch-sowjetischen Pakt ausgehandelt hatte.

Zwanzig Jahre sind seither vergangen, die Grundzüge der gaullistischen Europapolitik sind jedoch unverändert: Streben nach "Übereinstimmung" zwischen Frankreich und Russland, der "beiden Großmächten des europäischen Kontinents", um Deutschland in Schach zu halten und angelsächsischen Einfluss zurückzudrängen. Geschichte und Geographie erfordern laut de Gaulle eine "besondere Verbindung" zwischen Frankreich und Russland.

Sieht der General nicht das Missverhältnis in der Größenordnung?

Merkt er nicht, dass Frankreich nicht auf einer Stufe mit der Sowjetunion als "grosse Kontinentalmacht" gelten kann?

### Bilanz

Wie sehr die Gaullisten auch heute und gerade heute an dieser Linie festhalten, zeigt zuletzt noch die Haltung der französischen Regierung während des Besuches Couve de Murvilles in Moskau.

Das gaullistische Zentralorgan "La Nation" sprach zu diesem Anlass von einer "Neigungséne" und erinnerte daran, dass schon der französische König Heinrich im 11. Jahrhundert die Tochter des Grössherzogs Jaroslaw von Kiew ehelichte. Diese "Bindung zwischen Seine und Dnjepr" sei "ein erster Schritt zum Europa von Atlantik bis zum Ural" gewesen. Der Besuch Peter des Grossen am Hofe Ludwig XIV. wird als weiterer Vorläufer des gaullistischen Europakonzeptes gefeiert. Besonders hervorgehoben wird selbstverständlich die "Waffenbrüderschaft in den beiden Weltkriegen gegenüber Deutschland".

"1000 Jahre französisch-russische Allianz", mit diesem Schlagwort spricht die gaullistische Presse von einer "jahrhundertalten Sympathie und natürlichen Zuneigung" zwischen den beiden Ländern. Auch in unserem Zeitalter beherrsche "das deutsche Problem die gesamte Geschichte der französisch-sowjetischen Beziehungen", schreibt "La Nation".

### Marksteine

Die Sowjetunion wurde 1924 von Frankreich anerkannt. In allen Verträgen zwischen Paris und Moskau stand seither "das deutsche Problem und die europäische Sicherheit" im Vordergrund. Der Beitritt Moskaus 1929 zum Pakt Briand-Kellog, der französisch-sowjetische Nichtangriffspakt 1932, der Handelsvertrag 1934, der sowjetische Beitritt zum Völkerbund mit Unterstützung Frankreichs im gleichen Jahr, schliesslich der Bündnisvertrag 1934, Laval's Reise nach Moskau 1935, die Anerkennung der Provisorischen Regierung de Gaulles durch Moskau im Oktober 1944, schliesslich der neue französisch-sowjetische Pakt im Dezember 1944.

### Konsequenz

Mit dem Kalten Krieg kommt es seit 1948 zu einer vorübergehenden Lockerung der französisch-sowjetischen Beziehungen. Moskau kündigt den Vertrag 1959, aber schon 1960 kommt es anlässlich des Chruschtschow-Besuches in Frankreich zu neuen Annäherungsversuchen. Im folgenden Jahr kommt es wieder zu Wirtschaftsverhandlungen, im März 1964 werden die Beziehungen zwischen beiden Ländern "normalisiert". Finanzminister Giscard d'Estaing fährt nach Moskau, ZK-Mitglied Podgorny kommt nach Frankreich, im Oktober 1964 wird der neue Handelsvertrag in Paris vom sowjetischen Minister für Aussenhandel Patolitschow unterzeichnet.

Im April dieses Jahres kam Gromyko auf Einladung des Quai d'Orsay nach Paris. Sein Besuch wurde nun von Aussenminister Couve de Murville erwidert. Man sieht, keine Spur von Zufall oder Laune, sondern wahrlich der kategorische Imperativ in de Gaulles aussenpolitischer Strategie.

An den Ufern der Seine besteht kein Zweifel darüber, dass mit der enger werdenden Bindung Washington-Bonn und mit dem Streben nach irgend-einer Form atomarer Bewaffnung der Bundesrepublik das "besondere" französisch-sowjetische Verhältnis einen neuen Frühling entgegengeht.